

Fachlehrer ohne Fach?

Die Bundesländer ziehen unterschiedliche Konsequenzen aus PISA für die Lehrerausbildung

Konrad Kleinknecht

Die PISA-Studie zum Leistungsstand der deutschen Schüler im internationalen Vergleich hat große Wellen im föderalen Bildungssystem geschlagen. Diejenigen Bundesländer, die – wie Bayern und Baden-Württemberg – an der Spitze liegen, fühlen sich zu Recht bestätigt und gehen ihren Weg der behutsamen Reformen weiter. Bei den anderen Ländern schneiden diejenigen besonders schlecht ab, die in den 70er-Jahren unter SPD-Regierungen das Schulsystem weitgehend „reformieren“ wollten mit der Absicht, so die Gesellschaft zu verändern. Gravierende Einschnitte in das Schulsystem machte dabei Nordrhein-Westfalen, das durch die Einführung des Stufenlehrers für Sekundarstufe I und II und die Förderung der Gesamtschulen diesem Ziel ziemlich nahe kam. Das Ergebnis laut PISA-Studie: Die Schüler in NRW sind gegenüber ihren Altersgenossen im Süden weniger gut qualifiziert, sie liegen z. B. in der Mathematik etwa 1,5 Jahre hinter ihren bayerischen Kollegen zurück.

Die Regierungen der Länder, die im PISA-Vergleich schlecht abschnitten, reagierten ganz unterschiedlich. Während der Bürgermeister von Bremen, dem Schlusslicht, selbstkritisch erklärte, man müsse nun wirklich nachdenken, ob die Reformen der 70er Jahre richtig waren und ob nicht doch die Südländer etwas richtig gemacht hätten, während Brandenburg nach südlichem Vorbild das Zentralabitur einführt, haben die Kultusminister der SPD-regierten Länder beschlossen, den unangenehmen Blick nach Süden durch eine Reise nach Finnland zu ersetzen. Wie die guten Ergebnisse aus diesem dünn und homogen besiedelten, ländlich bestimmten Flächenland auf ein dicht besiedeltes Industrieland wie NRW zu übertragen sind, blieb dabei offen. Klar ist aber die Argumentation: der Misserfolg der SPD-regierten Länder liege daran, dass die Reformen der 70er-Jahre nicht konsequent genug durchgeführt worden seien. Selbstkritik war nicht gefragt.

Ein Land, das von seinem Abschneiden bei der PISA-Studie her Grund hätte, relativ zufrieden zu sein und sein bestehendes Schulsystem behutsam weiterzuentwickeln, ist Rheinland-Pfalz. Aber gerade hier hat sich der zuständige Minister entschlossen, mit einem kompletten Paradigmenwechsel die „Reform“ der 70er radikal nachzuholen. Ohne Mitwirkung von Fachwissenschaftlern wurde das „duale Ausbildungsmodell“ einer Lehrerausbildung im Rahmen eines Bachelor- und Masterstudienganges entworfen. Im 6-semesterigen Bachelor-Studiengang (120 SWS) sollen Lehrer aller Schularten gemeinsam dieselben Lehrveranstaltungen absolvieren. Die Studierenden sollen sich im 1. Semester darauf festlegen, Lehrer zu werden, dagegen seien der Schultyp und die zwei Fächer sekundär. Besondere Brisanz erhält diese Konstruktion dadurch, dass der Anteil der Pädagogik massiv auf ein Drittel des Studienumfangs erweitert werden soll (40 SWS), während die Didaktik der Fächer weitere 15–20 % von deren Umfang beansprucht. Für die beiden Fächer, die ein Lehrer studieren soll, bleibt bei diesem Plan ein Umfang von 5,5 Wochenstunden pro Semester, also wäre in der Physik gerade einmal Zeit für *eine* einführende Vorlesung oder *ein* Praktikum. Wenn das andere Fach Sport oder Geographie ist, fehlt die für Physik unverzichtbare Mathematik. Jeder naturwissenschaftlich vorgebildete Leser sieht sofort, dass dieses Konzept einer gemeinsamen Ausbildung von Lehramtsstudenten für Grundschule bis zum Gymnasium nicht sachgerecht und nur mit massiven Qualitätsverlust durchführbar ist. Das Niveau einer solchen Physikvorlesung ohne mathematische Grundlagen müsste auf eine propädeutische Physik der Naturphänomene abgesenkt werden.

Die fünf naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Universität Mainz befürchten durch das Fehlen eines grundständigen Fachstudiums eine massive Reduzierung der fachlichen Qualität der Lehrerausbildung und

haben daher die Pläne in einer Stellungnahme kritisiert. Sie sehen auch Probleme darin, dass die Mobilität von Lehramtsstudenten und Lehrern eingeschränkt wird, dass Absolventen eines solchen Master-Studienganges (Gymnasiallehrer) ihr Fachstudium nicht direkt mit einer Promotion fortsetzen können und dass für die Absolventen eines Studienganges „Bachelor für Bildungswissenschaften“ ein Bedarf außerhalb der Schule nicht sichtbar ist. Schließlich führt der Plan auch zu einer Verlängerung des Studiums.

Eine Alternative zu diesem Plan hat der Wissenschaftsrat vorgelegt. Er empfiehlt für die Ausbildung der Lehrer an Realschulen und Gymnasien einen konsekutiven Studiengang mit einem fachspezifisch dominierten Studium in zwei Fächern (Bachelor of Science, BSc) und einer zweijährigen Masterphase für die lehramtspezifische Ausbildung, die ihren Schwerpunkt auf erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studienanteilen – mit schulpraktischen Studien – hat und sich für die Studierenden des Lehramts an Gymnasien mit einer weiterführenden fächerspezifischen Ausbildung verknüpft (Master of Science in einem Fach).

Dieses Modell des Wissenschaftsrates wird zurzeit in Nordrhein-Westfalen erprobt. Die ehemalige Bildungsministerin Behler (NRW) sieht den Vorteil dieses Modells darin, dass die Studierenden nach sechs Semestern einen fachlich qualifizierten Abschluss bekommen. Diejenigen, die doch nicht mehr Lehrer werden wollen, können dies als Absprung in die Wirtschaft nutzen.

Die naturwissenschaftlichen Fachbereiche sehen sich in der Verantwortung dafür, dass naturwissenschaftlicher Unterricht mit modernen Inhalten in den Schulen ein wesentlicher Teil der Bildung bleibt. Radikale Veränderungen können mehr Schaden als Verbesserungen verursachen, sie können zum bildungspolitischen Abstieg eines Landes in die 2. Bundesliga führen.



Prof. Dr. Konrad Kleinknecht ist experimenteller Teilchenphysiker am Institut für Physik der Universität Mainz; er war von 1997 bis 1999 Vorstandsmitglied der DPG für Bildung und Ausbildung und Vorsitzender der Konferenz der Fachbereiche Physik.